

DETERMINANTEN INSTITUTIONELLER VIELFALT

Clemens Buchen
EBS Universität für Wirtschaft und Recht, Wiesbaden
Universität Tartu

Abstract

The paper attempts to assess the validity of competing theories of institutional determinants and change using a sample of both transition countries and non-transition countries. Economic theory explains the determinants of institutions as results of political economy approaches, legal origin theory or culture differences between societies. As dependent institutional variables investor protection, labor market institutions and a composite index of coordination are chosen. In order to allow for different slopes and intercepts of transition countries several interaction terms are included. All variables are able to explain some of the variation across countries, but it seems that for transition countries political and cultural approaches are most applicable.

Keywords: institutions, institutional determinants, political economy, legal origins

JEL Classification: P16, P21, P26, G20

1. Einleitung

Institutionelle Vielfalt ist klar dokumentiert. Während Rankings beispielsweise von Weltbank oder dem World Economic Forum zu Arbeitsmarktgesetzgebung oder Produktmarktregulierung besonderes Augenmerk auf Unterschiede in der Güte von Institutionen legen, gibt es eine Reihe von Ansätzen, die institutionelle Vielfalt als Manifestierung multipler Gleichgewichte sehen. Diese können unterschiedliche Auswirkungen auf Strukturdaten wie Arbeitslosigkeit, komparativen Vorteil oder Staatsverschuldung haben oder auch durch sie bedingt werden. A priori geben diese Ansätze aber nicht unbedingt eine Wertung über die relative Güte von Institutionen ab. Folgt man dieser Sichtweise, ergeben sich zwei zusammenhängende Fragestellungen. Erstens, gibt es Komplementaritäten oder andere Verbindungen zwischen Institutionen in dem Sinne, dass die Wirkung einer Institution in einem bestimmten Bereich von der Existenz anderer Institutionen abhängt? Und zweitens, wie werden unterschiedliche Institutionen determiniert? In diesem Beitrag möchte ich versuchen, auf die zweite Frage eine Antwort zu formulieren.

Die ökonomische Literatur kennt drei konkurrierende Ansätze, Determinanten von Institutionen zu entwickeln: politische Ökonomie, die Theorie der Rechtssysteme (*legal origins*) und kulturelle Einflussfaktoren. Diese drei Ansätze sollen hier empirisch untersucht werden. Dabei nehme ich sowohl OECD-Länder als auch mittel- und osteuropäische post-kommunistische Länder in die Analyse auf. Das Studium der Transformationsländer erscheint besonders fruchtbar, da hier die Entstehung und Entwicklung von Institutionen von ähnlichen Startbedingungen

gleichfalls wie in einem Labor wahrgenommen werden können. Um zu überprüfen, inwieweit die Transformationsländer sich anders verhalten, wird in der empirischen Analyse mit Interaktionstermen gearbeitet. Die zu erklärenden Variablen sind Arbeitsmarktgesetzgebung gemessen anhand des EPL-Indikators der OECD und Corporate Governance-Institutionen in Form des Investorschutz sowie ein zusammen gesetzter Indikator, der den Grad von Korporatismus misst.

Die grundlegende Frage ist also: inwieweit können bestehende theoretische Ansätze zum Einfluss von politischen Institutionen, der Rechtstradition eines Landes und kultureller Begebenheiten die Existenz und Entstehung ökonomischer Institutionen im Sinne von North erklären. Diese Frage ist von einer ähnlichen Frage zu unterscheiden, inwieweit politische oder rechtliche Institutionen auf strukturelle Daten wie Arbeitslosigkeit oder Staatsverschuldung wirken können. Letzteres ist nicht das Interesse meiner Untersuchung.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert. Der folgende Abschnitt gibt Umriss der zugrunde liegenden theoretischen Literatur, die es ermöglicht, Hypothesen für die empirische Analyse zu erarbeiten. Danach werden die zu analysierenden institutionellen Größen kurz vorgestellt, die Variablen der linken Seite der Gleichung. Der dritte Teil beschreibt die Daten, während das vierte Kapitel die empirische Strategie und die Ergebnisse präsentiert und diskutiert.

2. Determinanten von Institutionen

Im folgenden erarbeite ich die erklärenden Variablen, die von den verschiedenen theoretischen Ansätzen als Basis für institutionelle Entwicklung angesehen werden.

2.1. Politische Ökonomie

Die Beiträge zur politischen Ökonomie von Institutionen lassen sich grob in zwei Strömungen einteilen. Auf der einen Seite wird ein direkter Zusammenhang zwischen politischen Präferenzen und ökonomischen Institutionen wie Arbeitsmarktgesetzgebung in einer Volkswirtschaft modelliert. Alternativ können in einem Zwischenschritt politische Institutionen (z. B. Wahlgesetze) eingefügt werden, die Auswirkungen auf Koalitionsbildung und damit das Bündeln verschiedener Präferenzen haben.

Pagano und Volpin (2005) entwickeln ein Modell mit Arbeitern, Managern und Investoren. Manager präferieren einen geringen Investorschutz, da dies ihnen ermöglicht, private Vorteile aus der Firma zu ziehen. Sie können nun die politische Unterstützung der Arbeiter erlangen, indem sie ihnen wenig inflexible Arbeitsgesetze im Gegenzug zu geringem Investorschutz anbieten. Wenn das Wahlsystem des Landes Koalitionsbildungen begünstigt durch ein Verhältniswahlsystem, sollte man diese Koalitionen beobachten. Das Modell ist also zu verstehen als eine stilisierte Form des Korporatismus, in dem Manager und Arbeiter gegenseitig Zugeständnisse machen. Herrscht in einem Land das Mehrheitswahlrecht ist die Möglichkeit zur Koalition nicht oder nur unter sehr

speziellen Bedingungen gegeben. Die Hypothese des Modells von Pagano und Volpin ist also, dass man *ceteris paribus* in Ländern mit Verhältniswahlrecht inflexiblere Arbeitsmärkte und schlechteren Investorschutz und in Ländern mit Mehrheitswahlrecht flexiblere Arbeitsmarktinstitutionen und hohen Investorschutz beobachten kann. In einem Sample von OECD Ländern können die Autoren dies empirisch zeigen. Allgemein wird in der politischen Wissenschaft davon ausgegangen, dass das Verhältniswahlrecht Politikmaßnahmen für eine breitere Wählerschaft begünstigt, während das Mehrheitswahlrecht kleinere Gruppen begünstigt (Gourevitch und Shinn 2005, Kapitel 4).

Andere Ansätze gehen von einem direkteren Wirkungsmechanismus von Präferenzen zu Institutionen aus. Präferenzen können verschiedene Ursachen haben: je größer das Humankapital von Arbeitern, desto höhere Arbeitsplatzsicherheit werden sie fordern (Perotti und von Thadden 2006). Herrscht eine gewisse Monopolisierung in der Ökonomie vor, könnten vorhandene Firmen einen besseren Investorschutz ablehnen aus Sorge vor dem Verlust von Renten durch Markteintritte (Rajan und Zingales 2003). Ähnlich sieht Roe (2006) die Situation in Nachkriegseuropa: hier herrschte eine konzentrierte Eigentümersituation vor. Erhöhter Investorschutz könnte dann die Kapitalquote gegenüber Arbeit verschlechtern durch die Verbreitung von Streubesitz.

Für diese Analyse beschränke ich mich auf die Untersuchung des Einflusses des Wahlrechts. Für post-kommunistische Länder muss hier allerdings eine Besonderheit beachtet werden. Vergleicht man die Disproportionalität von Wahlergebnissen, also die Relation zwischen Parlamentsmandaten und erreichter Stimmen, ist diese in Mittel- und Osteuropa signifikant höher als in wahlrechtlich vergleichbaren Ländern (Roberts 2006). Der Hauptgrund ist die hohe Anzahl neuer Parteien, die zu Wahlen antreten und die Sperrklausel nicht überschreiten. Das führt dazu, dass eine vergleichsweise hohe Anzahl von Stimmen keine Repräsentation im Parlament findet. In der empirischen Analyse werde ich für die Disproportionalität kontrollieren.

2.2. Legal Origins

Die zugrundeliegende Theorie, dass *Legal Origins*, also Rechtstraditionen oder – kreise, Institutionen in einer Reihe von Bereichen fundamental determinieren, basiert zunächst auf einer empirischen Beobachtung (La Porta et al. 1997, 1998). Es gibt eine starke Korrelation zwischen Rechtstraditionen und Finanzmarktinstitutionen. Auf der einen Seite findet sich das *Common Law*, das einhergeht mit hohem Gläubiger- und Anlegerschutz, und auf der anderen Seite stehen die Traditionen des *Civil Law*, wo dieser institutionelle Schutz schlechter ausgearbeitet ist. In der Gruppe der letzteren steht das deutsche BGB am besten dar während der französischen *Code civil* die schlechtesten Werte aufweist und die skandinavische Tradition eine Mittelstellung einnimmt. Die anfänglichen Publikationen zu diesem Thema werden in zwei Richtungen weiter entwickelt. Ein theoretischer Rahmen zum Vergleich von Institutionen wird entwickelt (Djankov et al. 2003) und die empirische Analyse wird ausgeweitet zu Arbeitsmarktinstitutionen

(Botero et al. 2004), Regulierung von Markteintritt (Djankov et al. 2002) und eine Reihe weiterer Institutionen. Einen Überblick zu Theorie und Empirie gibt La Porta et al. (2008). Die theoretischen und empirischen Ansätze wurden zudem überführt in das *Doing Business*-Ranking der Weltbank, das jährlich eine große Anzahl von Ländern zu Institutionen bewertet. Auch bestätigt sich das Bild, dass Common Law-Länder bessere Institutionen vorweisen als Civil Law-Länder.

In historisch-theoretischen Ansätzen werden zwei Kanäle aufgezeigt, durch die Rechtstraditionen Einfluss auf Finanzmarktinstitutionen haben (Beck et al. 2003). Politisch ist das *Common Law* in der historischen Entwicklung vorgesehen, das Individuum gegen materielle Enteignung durch staatliche Organe zu schützen. Das heißt auch, dass die gesamte Justiz unabhängiger als in *Civil Law*-Ländern ist. Dies hat zur Folge, dass der einzelne Investor besser geschützt wird. Ein zweiter Wirkungsmechanismus wirkt durch die Anpassungsfähigkeit des Rechts. Es wird argumentiert, dass das Fallrecht des *Common Law* besser dazu geeignet ist, sich an neue Umstände anzupassen und effizientes Recht zu generieren. Diese Sichtweise ist ein alte in der amerikanischen Rechtsliteratur, siehe z. B. Priest (1977), und ist auch aktuell in modernen *Law and Economics*-Ansätzen (Gennaioli und Shleifer 2007).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die *Legal Origins* Literatur vor allem ein empirisches Projekt ist, das von der großen Anzahl der Studien und umfassenden Ländersamples lebt. Kritik an dem Projekt gibt es vor allem in Hinblick auf die Art, wie Recht aus verschiedenen Ländern kodiert wird. Indem Fragebogen vorbereitet werden, die von örtlichen Juristen ausgefüllt werden, besteht die Gefahr, dass lokale institutionelle Äquivalente zu Rechtsfiguren des *Common Law* schlichtweg übersehen werden (Siems 2007, Spamann 2009)

Für meinen empirischen Ansatz, der eine Reihe von post-kommunistischen Ländern beinhaltet, ist das Ergebnis wichtig, dass sie sich in das Schema Common Law-Civil Law einreihen. Während in den ersten Publikationen einige Transformationsländer mit der Kodierung „sozialistisches Recht“ aufgenommen wurden, ging man in späteren Studien dazu über, die traditionelle Zugehörigkeit der mittel- und osteuropäischen Staaten zum deutschen oder französischen Rechtskreis zu übernehmen. Die Ergebnisse ändern sich dadurch nicht.

2.3. Kultur

Der dritte Ansatz zur Erklärung divergierender Institutionen basiert auf kulturellen Unterschieden zwischen Ländern, die letztendlich als ursächlich für institutionellen Vielfalt gesehen werden. Diese Literatur ist hauptsächlich eine empirische.

Zentral hier sind die Arbeiten von Licht, Goldschmidt und Schwartz (2005, 2007). Sie können zeigen, dass bestimmte kulturelle Ansichten über die Rolle des einzelnen in einer Gesellschaft einen Einfluss auf *Corporate Governance*-Institutionen haben. Eine detaillierte Beschreibung der Variablen würde den Rahmen meines Beitrags sprengen, eine Zusammenfassung findet sich in Licht et al. (2005, Tabelle 1A). Kurz zusammengefasst sind die Werte das Ergebnis von Fragebögen, die drei

Gegensatzpaare zur relativen Wichtigkeit von Individuum und Gruppe in drei Dimensionen erfragen. Mit den gleichen kulturellen Daten findet Schwartz (2007) Korrelationen zwischen kulturellen Einstellungen und einem zusammengesetzten Indikator zu Arbeitsmarktinstitutionen und *Corporate Governance* von Hall und Gingerich (2004). Kurz, je wichtiger das Individuum in der Gesellschaft angesehen wird, desto marktorientierter sind Institutionen ausgestaltet. Auf der anderen Seite findet man in Gesellschaften, die mehr Wert auf die Gemeinschaft legen stärker koordinierende Institutionen, d.h. Institutionen, die den Markt ersetzen oder ergänzen. In einem umfassenden systemischen Ansatz kann Pryor (2005, 2007) zeigen, dass auf Basis des World Value Survey fünf weltweite kulturelle Cluster gibt, die mit fünf Clustern unterschiedlicher marktwirtschaftlicher Systems korrelieren.

3. Daten

In diesem Kapitel beschreibe ich kurz die unabhängigen und abhängigen Variablen der Analyse.

3.1. Abhängige Variablen

Es werden drei institutionelle Indikatoren verwendet, die in der Literatur üblicherweise untersucht werden, Investorschutz als Variable aus dem Bereich Finanzmarktinstitutionen und ein Indikator zur Arbeitsmarktgesetzgebung. Der Investorschutz kommt von Djankov et al. (2008) und aus dem Doing Business Report 2009 (World Bank 2009). Von dort und von Botero et al. (2004) kommen die Daten zur Flexibilität der Arbeitsmärkte.

Darüber hinaus verwende ich einen zusammengesetzten Indikator, der das Ausmaß von Umverteilung und die Rigidität von Arbeitsmarktgesetzgebung vereint (nach Knell und Srholec 2007). Dieser Index ist in Abbildung 1 dargestellt. Positive Werte deuten auf ein hohes Maß von Umverteilung und rigide Arbeitsmarktinstitutionen hin, während negative Werte wenig Umverteilung und flexible Arbeitsmärkte bedeuten.

Das Konzept hinter diesem Index kann auf Ansätze der vergleichenden institutionellen Analyse (Aoki 2001) und der *Varieties of Capitalism* Literatur nach Hall und Soskice (2001) zurückgeführt werden. Im Mittelpunkt dieser Ansätze steht die Idee institutioneller Komplementaritäten. Das hat zur Folge, dass man tendenziell ähnliche Institutionenmixe im Vergleich von Ländern finden wird. Der allgemeine institutionelle Charakter eines Landes wird durch einen Mix von Institutionen bestimmt.

Man kann erkennen, dass die Transformationsländer im unteren Teil der Abbildung ebenso wie die OECD-Länder des oberen Teils institutionelle Vielfalt aufweisen. Das Spektrum reicht von stark koordinierenden Ländern wie Slowenien und Kroatien zu vergleichsweise liberalen Ländern wie Estland oder die Slowakei.

In allen Schätzungen, in denen politische Variablen (Proportionalität) vorkommen, werden nur jene Länder aufgenommen, die im Durchschnitt der Gesamtperiode von Freedom House (2009) als mindestens teilweise politisch frei eingeschätzt werden.

Um für die Einschätzung kultureller Einflüsse einen brauchbaren Indikator zu entwickeln, wird aus vier Dimensionen der Variablen von Licht et al. (2005) ein eindimensionaler Indikator konstruiert. Dazu führe ich eine Faktoranalyse durch und nutze die Ladungen als Gewichtung der vier Werte pro Land. Die Faktorladungen der vier kulturellen Dimensionen sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1. Faktorladungen der kulturellen Indikatoren

	Faktorladung	Uniqueness
Hierarchy	0.8578	0.2812
Egalitarianism	-0.6505	0.5768
Mastery	0.6650	0.5578
Harmony	-0.7120	0.4930

Daraus ergeben sie Länderwerte, die im Anhang in Tabelle A1 aufgelistet werden. Die Faktorladungen deuten auf die zwei Paardimensionen hin: niedrigere Werte des Indikators deuten auf eine größere Wertschätzung von egalitären Verhältnissen und eine höheren Stellenwert für die Gemeinschaft gegenüber dem Individuum hin und umgekehrt.

Die einzigen weiteren Kontrollvariablen sind das BNP pro Kopf von der Weltbank und ein Transformationsdummy. Alle Werte gehen als Durchschnittswerte über die längst mögliche Periode zwischen 1989 und 2008 ein. Die Liste der im gesamten Sample enthaltenden Länder des Samples und ein Übersicht über einige Lageparameter der Daten sind im Anhang, Tabelle A2, zu sehen.

4. Ergebnisse

Das Grundmodell kann durch die Gleichung

$$y_i = b_1 + b_2L_i + b_3P_i + b_4C_i + \mathbf{bx} + e_i$$

dargestellt werden. Die unterschiedlichen Institutionen y in Land i sind eine Funktion von der Rechtstradition L in i , der Proportionalität P und der kulturellen Variable C . Dazu kommen weitere Kontrollvariablen wie BNP, Disproportionalität und Interaktionsterme, die hier durch den Vektor \mathbf{x} dargestellt werden. Dieser Ansatz erlaubt es nicht, mehr als eine der erklärenden Variablen L , P oder C zusammen zu schätzen, da dies klare Endogenitätsprobleme hätte. Die Ergebnisse zu den einzelnen Schätzungen sind in den folgenden Tabellen 2-4 dargestellt. Die Wirkung der Interaktionsterme ist in Abbildung 2 zu erkennen.

In Tabelle 2 sind die Ergebnisse für den Einfluss der Proportionalität auf die drei verschiedenen institutionellen Variablen aufgeführt. Für jede der abhängigen Variablen wird ein Modell ohne Transformationsländer (Spalten 1, 4 und 7), ein Modell mit Transformationsländern und einem Interaktionsterm (2, 5 und 8) sowie ein Modell mit der durchschnittlichen Disproportionalität der Transformationsländer anstatt der Dummy-Variable (3, 6 und 9) geschätzt. Zunächst ist zu erkennen, dass das Vorzeichen der Proportionalität in jedem der Modelle der theoretischen Erwartung entspricht. Je höher die Proportionalität, desto schlechter ist der Investorschutz, desto unflexibler sind die Arbeitsmarktinstitutionen und je mehr korporatistisch ist das Land organisiert. Zudem ist der Koeffizient in jedem Modell signifikant. Es scheint jedoch, dass dieses Ergebnis von den Nicht-Transformationsländern im Sample getrieben ist, was ein Blick auf den nicht signifikanten marginalen Effekt für Transformationsländer in den Modellen 2, 5 und 8 bestätigt. Vorherige Überlegungen zum mittel- und osteuropäischen Sonderfall in Hinblick auf die hohe Disproportionalität der Wahlergebnisse sprechen dafür, diese herauszurechnen um etwas sagen zu können über den Einfluss der *de facto* Proportionalität. Dies geschieht in der jeweils dritten Spalte. Statt der Dummyvariable für Transformationsländer werden die durchschnittliche Disproportionalität sowie ein Interaktionsterm zwischen Disproportionalität und Proportionalität geschätzt. Das heißt, dass der marginale Effekt für Proportionalität jetzt eine Funktion der Disproportionalität ist. Dieser ist in Abbildung 2 für alle drei abhängigen Variablen geplottet. Es ist zu erkennen, dass für kleine Werte von Disproportionalität das Vorzeichen der Proportionalität signifikant und wie erwartet negativ ist. Die Interpretation ist, dass für kleine Werte von Disproportionalität das Wahlsystem den erwarteten Effekt aufweist, dieser jedoch für große Werte verschwindet.

In Tabelle 3 sind die Ergebnisse für den Einfluss der Rechtstradition aufgeführt. Länder mit *Common Law* Tradition sind die Referenzgröße für die drei Dummyvariablen zu deutschem, französischem und skandinavischem Rechtskreis. Die jeweils erste Spalte beinhaltet keine Transformationsländer, während sie in der zweiten mit Dummy und Interaktionsterm hinzugefügt werden. Zunächst ist festzustellen, dass das Vorzeichen in allen Modellen dem entspricht, was die *Legal Origins* Literatur üblicherweise findet. Ein Mitglied des *Civil Law* Rechtskreises tendiert zu schlechterem Investorschutz, rigideren Arbeitsmärkten und einem insgesamt stärker korporatistisch orientierten Wirtschaftssystem als ein *Common Law*-Land. Auffällig ist aber, dass im Fall des Investorschutzes die deutschen *Civil Law*-Länder schlechter da stehen als die französischen.

Tabelle 2. Proportionalität

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
		Investorschutz			Arbeitsmarkttrigidität			Koordinationsindex		
Proportionalität	-0.14** (0.06)	-0.14*** (0.05)	-0.14*** (0.05)	0.28*** (0.07)	0.27*** (0.07)	0.29*** (0.07)	0.37*** (0.13)	0.39*** (0.13)	0.37*** (0.12)	
Transformation		-0.16** (0.07)			0.19* (0.10)			-0.02 (0.22)		
Prop. x Trans.		0.17* (0.10)			-0.19 (0.13)			-0.29 (0.20)		
Marginaler Effekt für Transf. = 1		0.03 (0.08)			0.08 (0.11)			0.10 (0.15)		
log BNP p.c.	0.39* (0.22)	0.29 (0.18)	0.38** (0.19)	-0.61** (0.28)	-0.36 (0.25)	-0.57** (0.25)	-2.42* (1.28)	-0.11 (0.64)	-1.33* (0.77)	
Disproportionalität			-0.57*** (0.19)			0.33 (0.25)		0.04 (0.37)		
Disprop. ✓ Proportionalität			0.63** (0.28)			-0.40 (0.39)			-1.43** (0.53)	
Konstante	0.36* (0.19)	0.44*** (0.15)	0.36** (0.16)	0.75*** (0.23)	0.55** (0.21)	0.73*** (0.22)	2.58** (1.20)	0.43 (0.61)	1.56** (0.72)	
Beobachtungen	41	62	56	41	62	56	23	44	38	
R ²	0.18	0.21	0.29	0.33	0.26	0.32	0.39	0.30	0.37	
F	4.22	3.73	5.23	9.18	5.05	5.99	6.50	4.23	4.76	

OLS Ergebnisse. Robuste Standardfehler in Klammern.

***p<0.01, **p<0.05, *p<0.1.

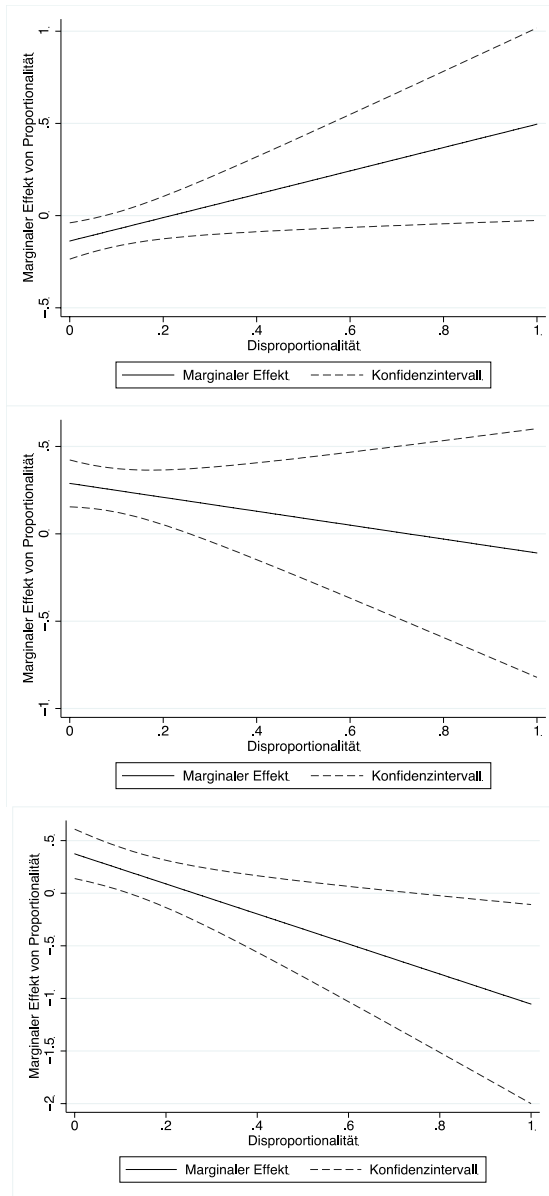


Abbildung 2. Marginaler Effekt der Proportionalität für verschiedene Werte von Disproportionalität auf von oben nach unten Investorschutz, Arbeitsmarktrigidität und den Koordinationsindex.

Die Transformationsländer in diesen Modellen sind entweder Mitglieder der deutschen oder französischen Tradition. Das bedeutet, dass mit einer Dummyvariable die Transformationsländer mit deutscher Tradition auf der einen Seite gegen die Nicht-Transformationsländer mit deutscher Tradition gemessen werden und gleichzeitig auch den Transformationsländern mit französischer Rechtstradition gegenüber gestellt werden. Ersteres wird geschätzt durch den marginalen Effekt von Deutsch wenn der Dummy gleich Eins gesetzt ist und letzteres lässt sich an dem marginalen Effekt des Transformationsdummys erkennen, wenn der Dummy Deutsch gleich Eins gesetzt ist. Auf den Punkt gebracht, deutet das Ergebnis darauf hin, dass Transformationsländer einen besseren Investorenschutz aufweisen als Nicht-Transformationsländer, zumindest wenn sie der deutschen Rechtstradition angehören. Dies ist ein Ergebnis, dass auch schon von Pistor et al. (2000) gefunden wurde. Auch scheinen Transformationsländer mit deutschem Rechtshintergrund besseren Investorschutz aufzuweisen als solche mit französischem. In Hinblick auf die Arbeitsmarktgesetzgebung wird zunächst das Ergebnis von Botero et al. (2004) weitgehend bestätigt: im Vergleich zu Ländern des Common Law finden wir in *Civil Law*-Ländern weniger flexible Arbeitsmärkte. Deutsche Transformationsländer haben in diesem Modell vergleichsweise rigidere Gesetze als ihre deutschen Nicht-Transformationsländer. Für Transformationsländer als solche scheint die Zugehörigkeit zu einem Rechtskreis für Arbeitsmärkte aber keine Rolle zu spielen, die jeweiligen marginalen Effekte weisen keine Signifikanz auf. Betrachtet man den allgemeinen Grad der Koordinierung oder des Korporatismus in den letzten beiden Spalten in Tabelle 3, finden wir, dass vor allem französisch geprägte Länder mehr Koordinierung aufweisen, für deutsche lässt sich das nicht sagen. Interessant wird es wenn nun die Transformationsländer hinzu gefügt werden, denn hier scheint sich das Muster umzudrehen. Ein französisch geprägtes Transformationsland ist weniger korporatistisch als ein deutsches, was am signifikant negativen Transformationsdummy zu erkennen ist.

Tabelle 3. Rechtstradition

	1	2	3	4	5	6
	Investorschutz		Arbeitsmarkttrigidität		Koordinationsindex	
Deutsch	-0.34*** (0.07)	-0.34*** (0.07)	0.21* (0.10)	0.20* (0.10)	0.23 (0.14)	0.22 (0.15)
Französisch	-0.22*** (0.04)	-0.22*** (0.04)	0.33*** (0.06)	0.33*** (0.06)	0.46*** (0.13)	0.48*** (0.12)
Skandinavisch	-0.22*** (0.07)	-0.22*** (0.07)	0.33*** (0.11)	0.32*** (0.10)	0.31* (0.15)	0.28* (0.15)
log BNP p.c.	0.60*** (0.15)	0.61*** (0.14)	-0.42* (0.23)	-0.36 (0.22)	-1.59 (1.44)	-0.67 (1.05)
Transformation		-0.00 (0.05)		0.01 (0.07)		-0.54** (0.20)
Deutsch ´ T.		0.13 (0.08)		0.12 (0.13)		0.34* (0.19)
Marginaler Effekt von Deutsch für Transf. = 1		-0.21*** (0.07)		0.32*** (0.10)		0.56*** (0.17)
Marginaler Effekt von Transformation für Deutsch = 1		0.13* (0.07)		0.13 (0.11)		-0.20 (0.19)
Konstante	0.24* (0.13)	0.24** (0.12)	0.55*** (0.19)	0.50*** (0.18)	1.80 (1.35)	0.94 (0.98)
Beobachtungen	47	64	47	64	23	40
R ²	0.55	0.54	0.47	0.46	0.52	0.42
F	12.74	11.33	9.25	7.94	4.85	3.92

OLS Ergebnisse. Robuste Standardfehler in Klammern, ***p<0.01, **p<0.05, *p<0.1.

Tabelle 4. Kulturelle Unterschiede

	1	2	3	4	5	6
	Investorschutz		Arbeitsmarkttrigidität		Koordinationsindex	
Kultur	0.52*** (0.13)	0.48*** (0.12)	-0.75*** (0.18)	-0.68*** (0.18)	-0.93*** (0.27)	-0.78*** (0.27)
Transformation		0.02 (0.06)		0.05 (0.09)		-0.41** (0.15)
Kultur × Transformation		-0.13 (0.35)		-0.72 (0.52)		-1.32* (0.69)
Marginaler Effekt für Transf. = 1		0.35 (0.35)		-1.40*** (0.52)		-2.10*** (0.69)
log BNP p.c.	1.35*** (0.31)	1.21*** (0.29)	-1.85*** (0.43)	-1.59*** (0.43)	-4.73*** (1.36)	-2.94** (1.14)
Konstante	-0.61** (0.28)	-0.48* (0.26)	2.06*** (0.39)	1.82*** (0.38)	4.93*** (1.26)	3.28*** (1.06)
Beobachtungen	33	42	33	42	22	31
R ²	0.42	0.37	0.42	0.36	0.47	0.47
F	10.87	5.38	10.85	5.23	8.27	5.80

OLS Ergebnisse. Robuste Standardfehler in Klammern.

***p<0.01, **p<0.05, *p<0.1

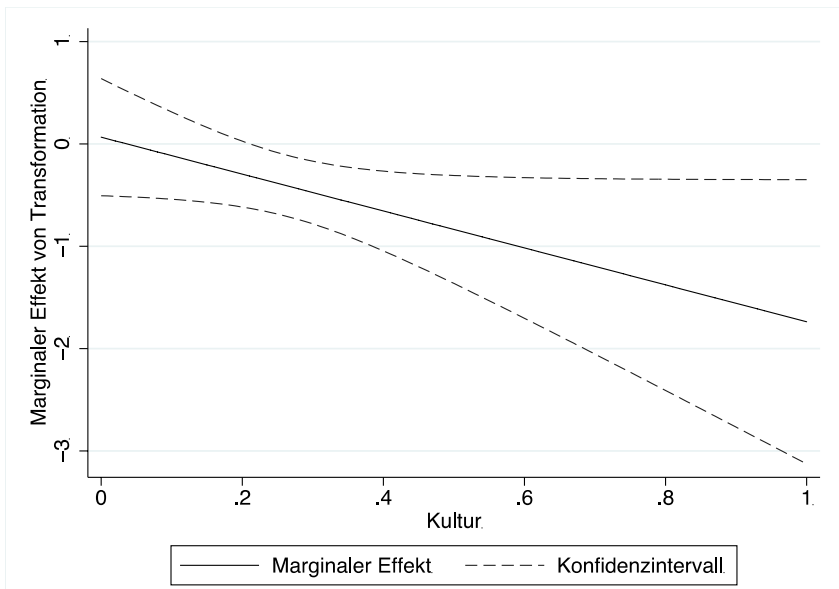


Abbildung 3. Marginaler Effekt von Transformation.

Nun zur Interpretation der Ergebnisse zur kulturellen Variable in Tabelle 4. Das Vorzeichen ist für alle drei abhängigen Variablen wie erwartet. Gesellschaften, die relativ mehr Wert legen auf Individualismus zeigen besseren Investorschutz, flexiblere Arbeitsmärkte und allgemein korporatistischere Wirtschaftssysteme. In Transformationsländern scheint dies keine Rolle für Investorschutz, wohl aber für Arbeitsmärkte und den Koordinierungsgrad zu gelten. Hier ist der Effekt der Kultur sogar stärker ausgeprägt. Einen leicht anderen Blickwinkel erhält man, wenn man den marginalen Effekt der Änderung der Transformationsvariable von 0 zu 1 für verschiedene Werte der kulturellen Präferenzen errechnet. Das Ergebnis für die Koordinationsvariable der Spalte 6 ist in Abbildung 3 zu sehen. Die Interpretation der Abbildung 3 ist die folgende: für stark individualistisch geprägte Länder spielt die Tatsache, dass sie Transformationsländer sind, eine signifikante Rolle. Anders ausgedrückt, ist bei gleicher kultureller Einstellung ein Transformationsland weniger korporatistisch organisiert als ein Nicht-Transformationsland. Dies gilt jedoch nicht für Gesellschaften, die eher egalitär eingestellt sind, hier ist der Transformationseffekt nicht signifikant. Gerade die Interpretationen der kulturellen Variablen sollten jedoch mit Vorsicht behandelt werden, da die Anzahl der Beobachtungen für OLS gefährlich niedrig wird.

5. Zusammenfassung

Die vorangegangene Analyse bestätigt, dass verschiedene Ansätze die Entstehung und Änderung von Institutionen zu erklären möglichen Erklärungsgehalt besitzen.

Sowohl die politische Institution der Wahlgesetze als auch die Rechtstradition und kulturelle Präferenzen sind in der Lage institutionelle Vielfalt über Länder hinweg zu erklären. Die Besonderheit dieses Ansatzes hier ist, dass auch Transformationsländer in die Analyse aufgenommen wurden. Durch Interaktionsterme konnte überprüft werden, ob andere marginale Effekte in den Ländern aufzufinden sind, die in der Bildung von ökonomischen Institutionen und Regeln teils am Anfang stehen oder standen. Die politischen Systeme der neu (wieder)gegründeten Staaten weisen im Vergleich zu älteren Demokratien signifikant höhere Disproportionalitäten der Wahlergebnisse auf. Kontrolliert man in der Analyse dafür, hat das Wahlsystem einen signifikanten Einfluss auf verschiedene Institutionen. Die Rechtstraditionen scheinen weniger Erklärungsgehalt zu haben; die Transformationsländer mit deutschen und französischen Rechtssystemen haben andere Institutionen als ihre Gegenüber. Kulturelle Präferenzen haben einen starken Einfluss, auch in Transformationsländern. Es scheint, dass vor allem jene Präferenzen, die auf Individualismus Wert legen, in Transformationsländern besonders wichtig sind.

Es sollte auf verschiedene Verbesserungsmöglichkeiten dieser Art von Analyse hingewiesen werden. Zunächst ist es immer von Vorteil, die Anzahl der Beobachtungen zu erhöhen. Dies gilt vor allem in Hinblick auf kulturelle Eigenschaften; hier ist die Anzahl der Länder, die in konsistenten, vergleichbaren empirischen Untersuchungen aufgenommen werden können, begrenzt. Eine höhere Länderzahl würde es auch erlauben, weitere erklärende Variablen in die Analyse aufzunehmen, wie zum Beispiel Wahlergebnisse. Weitere Eigenarten des Transformationsprozesses wie Arten von Privatisierungen und mögliche Interdependenzen mit politischen Entscheidungen in anderen Bereichen könnten sowohl theoretisch als auch empirisch untersucht werden. Welche Einflüsse kann eine Massenprivatisierung in einem Land auf Forderungen nach Investorschutz haben? Wie ist der Einfluss von äußeren Faktoren wie die Ansprüche von EU und internationalen Organisationen auf die entstehenden Institutionen? Diese und weitere Fragen eröffnen weiteren Forschungsbedarf.

Literaturverzeichnis

1. **Aoki, Masahiko** (2001) *Toward a Comparative Institutional Analysis*. Cambridge, Massachusetts: The MIT Press.
2. **Beck, Thorsten, George Clarke, Alberto Groff, Philip Keefer, und Patrick Walsh** (2001) New Tools in Comparative Political Economy: The Database of Political Institutions. *The World Bank Economic Review* 15, 165-76.
3. **Beck, Thorsten, Asli Demirgüç-Kunt, und Ross Levine** (2003) Law and finance: why does legal origin matter? *Journal of Comparative Economics* 31, 653-75.
4. **Botero, Juan C., Simeon Djankov, Rafael La Porta, Florencio Lopez-de-Silanes, und Andrei Shleifer** (2004) The Regulation of Labor. *The Quarterly Journal of Economics* 119, 1339-82.
5. **Djankov, Simeon, Rafael La Porta, Florencio Lopez-de-Silanes, und Andrei Shleifer** (2002) The Regulation of Entry. *The Quarterly Journal of Economics*

- 117, 1-37.
6. **Djankov, Simeon, Edward Glaeser, Rafael La Porta, Florencio Lopez-de-Silanes, und Andrei Shleifer** (2003) The new comparative economics. *Journal of Comparative Economics* 31, 595-619.
 7. **Djankov, Simeon, Rafael La Porta, Florencio Lopez-de-Silanes, und Andrei Shleifer** (2008) The Law and Economics of Self-Dealing. *Journal of Financial Economics* 88, 430-65.
 8. Freedom House (2009) *Freedom in the World 2009: The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*. Lanham: Rowman & Littlefield.
 9. **Gallagher, Michael** (1991) Proportionality, Disproportionality and Electoral Systems. *Electoral Studies* 10, 33-51.
 10. **Gennaioli, Nicola und Andrei Shleifer** (2007) The Evolution of Common Law. *Journal of Political Economy* 115, 43-68.
 11. **Gourevitch, Peter A. und James Shinn** (2005) *Political Power & Corporate Control: The new global politics of corporate governance*. Princeton: Princeton University Press.
 12. **Hall, Peter A. und David Soskice** (2001) An Introduction to Varieties of Capitalism, in: Peter A. Hall und David Soskice (Hrsg): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press, 1-68.
 13. **Hall, Peter A. und Daniel W. Gingerich** (2004) Varieties of Capitalism and Institutional Complementarities in the Macroeconomy: An Empirical Analysis. *MPIfG Discussion Paper* 04/5, Cologne.
 14. **Knell, Mark und Martin Srholec** (2007) Diverging Pathways in Central and Eastern Europe, in: David Lane und Martin Myant (Hrsg): *Varieties of Capitalism in Post-Communist Countries*. Houndmills, New York: Palgrave Macmillan, 40-62.
 15. **La Porta, Rafael, Florencio López-de-Silanes, Andrei Shleifer, und Robert W. Vishny** (1997) Legal Determinants of External Finance. *The Journal of Finance* 52, 1131-50.
 16. ——— (1998) Law and Finance. *Journal of Political Economy* 106, 1113-55.
 17. **La Porta, Rafael, Florencio Lopez-de-Silanes, und Andrei Shleifer** (2008) The Economic Consequences of Legal Origins. *Journal of Economic Literature* 46, 285-332.
 18. **Licht, Amir N., Chanan Goldschmidt, und Shalom H. Schwartz** (2005) Culture, Law, and Corporate Governance. *International Review of Law and Economics* 25, 229-55.
 19. ——— (2007) Culture rules: The foundations of the rule of law and other norms of governance. *Journal of Comparative Economics* 35, 659-88.
 20. **Pagano, Ugo und Paolo F. Volpin** (2005) The Political Economy of Corporate Governance. *American Economic Review* 95, 1005-30.
 21. **Perotti, Enrico C. und Ernst-Ludwig von Thadden** (2006) The Political Economy of Corporate Control and Labor Rents. *Journal of Political Economy* 114, 145-74.
 22. **Pistor, Katharina** (2000) Patterns of legal change: shareholder and creditor rights in transition economies. *EBRD Working Paper* 49, London.
 23. **Priest, George L.** (1977) The Common Law Process and the Selection of

- Efficient Rules. *Journal of Legal Studies* 6, 65-82.
24. **Pryor, Frederic L.** (2005) Market economic systems. *Journal of Comparative Economics* 33, 25-46.
 25. ——— (2007) Culture and Economic Systems. *American Journal of Economics and Sociology* 66, 817-55.
 26. **Rajan, Raghuram G. und Luigi Zingales** (2003) The great reversals: the politics of financial development in the twentieth century. *Journal of Financial Economics* 69, 5-50.
 27. **Roberts, Andrew** (2006) What Kind of Democracy Is Emerging in Eastern Europe? *Post-Soviet Affairs* 22, 37-64.
 28. **Rubin, Paul H.** (1977) Why is the Common Law efficient? *Journal of Legal Studies* 6, 51-63.
 29. **Schwartz, Shalom H.** (2007) Cultural and Individual Value Correlates of Capitalism: A Comparative Analysis. *Psychological Inquiry* 18, 52-7.
 30. **Siems, Mathias M.** (2007) Legal Origins: Reconciling Law & Finance and Comparative Law. *McGill Law Journal* 52, 55-81.
 31. **Spamann, Holger** (2009) The “Antidirector Rights Index” Revisited. *Review of Financial Studies* 23, 467-86.
 32. World Bank (2009) *Doing Business 2009*. Washington D.C.: World Bank.

Anhang

Tabelle 1A

Country	Value	Country	Value
Italy	-1.32	New Zealand	.06687
Norway	-1.1515	Ireland	.1161
Austria	-.9191	Mexico	.2992
Finland	-.8174	Hungary	.308
Germany	-.8146	Australia	.3517
Spain	-.7867	Slovak Republic	.38178
France	-.7643	Bulgaria	.4602
Sweden	-.7585	United Kingdom	.57676
Portugal	-.6735	Venezuela	.6475
Denmark	-.6408	United States	.7356
Slovenia	-.6183	Russia	.8365
Switzerland	-.4782	Japan	.8989
Greece	-.4199	Poland	.9176
Argentina	-.3179	Georgia	.9316
Canada	-.2254	Philippines	1.0885
Netherlands	-.1957	Turkey	1.1397
Estonia	-.1816	Singapore	1.2503
Chile	-.1648	Israel	1.291
Czech Republic	-.0675	Brazil	1.2978
		Indonesia	1.623
		Hong Kong	1.644
		India	2.089

Die Gewichtungen des Index sind das Ergebnis einer Hauptkomponentenanalyse von 4 kulturellen Variablen von Licht et al. (2005). Siehe auch die Erklärung im Text.

Tabelle 2A

Länderliste:

Albanien, Argentinien, Australien, Österreich, Belgien, Bosnien, Brasilien, Bulgarien, Kanada, Chile, Kolumbien, Kroatien, Tschechien, Dänemark, Ecuador, Ägypten, Estland, Mazedonien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Hong Kong, Ungarn, Indien, Indonesien, Irland, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Kasachstan, Kenia, Lettland, Litauen, Malaysia, Mexiko, Niederlande, Neuseeland, Nigeria, Norwegen, Pakistan, Peru, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Simbabwe, Singapur, Slowakische Republik, Slowenien, Südafrika, Spanien, Sri Lanka, Schweden, Schweiz, Thailand, Türkei, Ukraine, Großbritannien, USA, Uruguay, Venezuela.

Übersicht des Datensatzes

Variable	Beob.	Mittel	Standardabw.	Min	Max
Investorschutz	64	.57	.16	.27	.97
Arbeitsmarkttrig.	64	.43	.226	0	1
Koordinationsind.	40	.50	.2806	0	1
Proportionalität	63	.58	.437	0	1
Kultur	41	.058	.248	-.362	.573
Log BNP p.c.	64	.815	.114	.574	1